

Dr. Johannes Hahn
 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
 Minoritenplatz 5
 1014 Wien

Linz, 12.8.2008

Stellungnahme zum Entwurf des Universitätsrechts-Änderungsgesetzes 2008

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

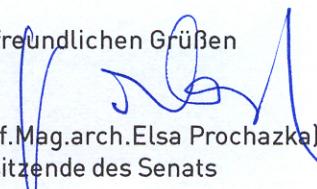
der Senat der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz schliesst sich der Resolution der Stellungnahme der Senatsvorsitzenden der österreichischen Universitäten vollinhaltlich an.

Insgesamt wird bedauert, dass die vorgeschlagenen Änderungen, weniger eine Nachjustierung des UG 2002 sowie auf den Erfahrungen der Implementierung beruhende Verbesserungen und Präzisierungen beinhalten, sondern vielmehr zu einer Inkonsistenz der ursprünglichen Gesetzesvorlage 2002 führen.

So wird die angestrebte Autonomie der Universitäten in weiten Bereichen wieder verstärkt eingeschränkt, ein komplexes und mehrfach legitimiertes Leitungs- und Entscheidungsfeld auf ein - nun vom Ministerium in den Universitätsrat ausgelagertes Steuerungs- und Kontrollwesen mit zusätzlich erweiterten politischen Sanktionsmöglichkeiten umfunktioniert.

Dem Anliegen gerade einer Kunstuniversität, die in besonderem Maße gesellschaftspolitische Phänomene zu analysieren und künstlerisch zu interpretieren hat, dies auch in einem Feld grösstmöglicher Autonomie zu realisieren, widerspricht eine verstärkte parteipolitische Kontrolle, wie sie der Entwurf des Universitätsrechts-Änderungsgesetzes erwarten lässt.

Der vorliegende Entwurf wird daher mit grosser Skepsis gesehen und in einzelnen bereits detailliert angeführten Punkten entsprechend der oben angeführten Stellungnahme abgelehnt.

Mit freundlichen Grüßen

 (Univ. Prof. Mag. arch. Elsa Prochazka)
 Vorsitzende des Senats

SEN_SV_BM_Hahn_entwurf08_080812_ep.doc

Elsa Prochazka
 Univ. Prof. Mag. arch.
 Vorsitzende des Senats
 elsa.prochazka@ufg.ac.at
 mobil: +43 676 847898 355

Büro des Senats
 Gabriele Ganhör
 gabriele.ganhoer@ufg.ac.at
 4010 Linz_AUSTRIA
 Hauptplatz 8
 Tel +43 732 7898 220
 Fax +43 732 783508
 www.ufg.ac.at